

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 85 545-46 pbbn d

Inhalt

Eugen Glombig MdB, Vorsitzender des sozialpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion, zieht eine Zwischenbilanz der familienpolitischen Debatte.

Seite 1/2

Wilhelm Stöckl MdB begründet den allmählichen Anstieg des Verteidigungsetats.

Seite 3/4

Klaus Daubertshäuser MdB sieht in der Gesamtschule die Schulform der Zukunft.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 22

31. Januar 1979

Konkrete Leistung gegen reaktionäre Polemik

Zum Stand der familienpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag

Von Eugen Glombig MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Während der Haushaltsdebatte des Bundestages hatten die sozialdemokratischen Familienpolitiker und ihre freidemokratischen Koalitionspartner allen Grund zum Selbstbewusstsein. Der Haushalt des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit ist mit über 18 Milliarden DM nach Arbeit und Soziales, Verteidigung und Verkehr der viertgrößte des Bundeshaushaltes und weist darüber hinaus eine weitaus überproportionale Steigerungsrate von 13 Prozent gegenüber 1978 auf. Das sind keine leeren Zahlen, sondern damit manifestieren sich nicht zuletzt die intensiven Bemühungen der Bundesregierung und der sozialliberalen Koalition um eine gezielte Förderung der Familien, insbesondere der Kinder. Die Sprecher der Koalition konnten eine beeindruckende familienpolitische Leistungsbilanz aufmachen:

- Reform des Familienlastenausgleichs mit der Abschaffung der ungerechten Kinderfreibeträge,
- bedeutende Steigerung des Kindergeldes für das zweite Kind von 70 auf 100 und für das dritte Kind von 120 auf 200 DM innerhalb von vier Jahren,

- Elternurlaub bei Pflege eines kranken Kindes,
- Einführung der Unfallversicherung der Kindergartenkinder und Schüler,
- Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere und Kinder,
- Verbesserung des Wohngeldes und der Arbeits- und Berufsförderung,
- Öffnung der Rentenversicherung für Frauen,
- Eherechtsreform und Versorgungsausgleich,
- Reform des Staatsangehörigkeitsrechts für Frauen und Kinder,
- Reform des Adoptionsrechtes,
- Automatische Anpassung der Unterhaltsleistungen.

Dies markiert die familienpolitischen Leistungen der sozialdemokratisch geführten Koalition. Dazu kommen noch die auf den Weg gebrachten Reformvorhaben:

- Unterhaltsvorschußkassen,
- Reform des Rechtes der elterlichen Sorge,
- Reform der Jugendhilfe.

Der Bilanz der Koalition konnten die Sprecher der CDU/CSU nichts gleichwertiges entgegengesetzen. Kein Wunder, denn fast allen familienpolitischen Gesetzen der Koalition mußte die Union wohl oder übel ihre Zustimmung in den gesetzgebenden Körperschaften geben.

Erwartungsgemäß versuchten deshalb die Christdemokraten vom Feld konkreter Politik auf den "Kriegsschauplatz" ideologischer Verdächtigung, Verleumdung und Hysterie auszuweichen. "Familienpolitik als Ordnungspolitik" wird im CDU/CSU-Jargon diese Taktik genannt, sich aus der konkreten Politik abzumelden.

Schriller als je zuvor wurde - unter manipulativer Verwendung von uralten Zitaten, die mit der Bundesregierung oder der SPD überhaupt nicht in Verbindung gebracht werden können - die alte Klage von der "Zerstörung der Familie" geführt. Wo die Koalitionssprecher mit großem Ernst eine nüchterne Analyse des gesellschaftlich und ökonomisch bedingten Wandlungsprozesses der Familie versuchten, wollten Unionspolitiker wieder einmal das alte Märchen von der heilen Welt der patriarchalischen Familie aufzischen. In diesem Märchen herrschen, so meinen sie offenbar, Zucht und Ordnung, da "mucken" die Kinder nicht auf und widersprechen nicht, da bleibt die Frau im Haus und schlägt sich "Flausen", wie gleichberechtigte Teilnahme am Erwerbaleben, von vornherein aus dem Kopf.

Daß der Gang der Dinge längst über diese Welt - die gar nicht so heil war - hinausgegangen ist, das paßt den Familienpolitikern der Union wohl nicht in den Kopf. Deshalb wollen sie wohl auch nicht der Familie in der modernen Industriegesellschaft die konkrete Hilfe geben, die sie braucht, um ihre Erziehungsaufgabe zu erfüllen.

Es gibt eine Entwicklung, die auch den Familienpolitikern der Union zu denken geben mußte. Biedenkopf hat sie in seinem Memorandum beschrieben: "Bei den Jungwählern hat die CDU an Zustimmung verloren. Der 1974 und 1976 sichtbar gewordene Trend zur Union in diesem Wählerbereich hat sich nicht fortgesetzt. Im günstigsten Fall entscheiden sich drei von acht Jungwählern für die Union. Fünf entscheiden sich für die Koalition. Andere Erhebungen zeigen ein noch ungünstigeres Bild."

Ob das nicht auch mit dem hoffnungslos verstaubten "Muff" zusammenhängt, der nach wie vor die Familienpolitik der Union kennzeichnet.

(-/31.1.1979/ks/10)

Kontinuität bei den Aufwendungen für unsere Sicherheit

Die Bundesrepublik strebt keinen Führungsanspruch im westlichen Bündnis an

Von Wilhelm Stöckl MdB

Mitglied des Haushalts-Ausschusses des Deutschen Bundestages

Für das Jahr 1979 umfaßt der Haushalt für die Streitkräfte und den zivilen Bereich des Verteidigungsministeriums 36,663 Milliarden DM. Dies bedeutet gegenüber den Ansätzen von 1978 eine Steigerung um 1,7 Milliarden DM, das sind rund fünf Prozent.

Damit gewährleistet dieser Haushalt die Erfüllung des Notwendigen; und das Notwendige ist der Schutz unseres Landes und Europas vor einer Bedrohung von außen.

Dieser Bezug zum Notwendigen schließt allerdings ein, sich darauf zu besinnen, daß wir ein Verteidigungsheer haben, was sowohl strategische, taktische und auch waffen-technische Konsequenzen hat. In diesen Zusammenhang kann eine Äußerung des Grafen Baudissin gestellt werden: "Die Militärs wollen wieder alles beschaffen, was die Technologie ihnen anbietet, anstatt präzise Anforderungen an die Technik zu stellen. In der Rüstungsdynamik aber, die dadurch ausgelöst wird, liegt die außerordentlich große Gefahr einer Destabilisierung in Mitteleuropa." Man mag Baudissin zustimmen oder nicht, seine Aussage ist es wert, bei unseren Rüstungsentscheidungen beachtet zu werden.

An dieser Stelle ist auf unser Eingebundensein in das NATO-Bündnis hinzuweisen, und damit stellt sich die Frage nach unserem NATO-Beitrag. Dieser Beitrag setzt sich aus den genannten 36 Milliarden DM und weiteren verteidigungs- und sicherheitsbezogenen Mitteln in anderen Etats zusammen. So sind nach NATO-Kriterien z.B. auch die Ausgaben für die Stationierungstreitkräfte und die Mittel für den NATO-Zivilhaushalt einzurechnen. Damit betragen unsere Verteidigungsaufwendungen nach NATO-Kriterien über 45 Milliarden DM. Sie weisen eine sechsprozentige Steigerung auf, das sind 2,5 Milliarden DM. Die Bundesregierung setzt also ihre Leistungen für die äußere Sicherheit seit 1970 kontinuierlich fort, die auch rückblickend den Vergleich mit der Empfehlung der NATO-Ministertagung nicht zu scheuen brauchen.

Seit 1970 wuchsen die Verteidigungsausgaben (nach NATO-Kriterien) um 66,7 Prozent, im Jahresdurchschnitt also um 8,3 Prozent. Berücksichtigt man für diesen Zeitraum eine Geldentwertung von 53 Prozent, dann ergibt sich eine reale Steigerung von 23 Prozent oder jährlich um drei Prozent. Wir erfüllen mit diesem Haushalt auch 1979 unsere NATO-Verpflichtungen.

Im Rahmen der Diskussion um das Anwachsen der Bedrohung, die zweifellos verstärkt geführt werden muß, ruft die Opposition häufig ganz einfach nach mehr Mitteln für die Rüstung. Dazu muß bemerkt werden: Die Verteidigungsmaßnahmen aller NATO-Staaten müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander bleiben. Ich halte es außenpolitisch, nicht nur gegenüber dem Osten, für äußerst bedenklich, wenn etwa die Bundesrepublik in der Rüstungs- und Streitkräfteentwicklung über die Ausgewogenheit hinaus ihre Verbündeten deutlich überrunden wollte.

Der Bundeskanzler hat mehrfach auf die Gefahr solcher Entwicklungen hingewiesen, auch in der allgemeinen Politik und der Wirtschaftspolitik. Es geht darum, uns nicht in eine ungewollte Führungsrolle drängen zu lassen, die andere Länder, auch die Verbündeten, zu leicht als einen Führungsanspruch empfinden könnten.

Die volle Übereinstimmung und die Abstimmung im Bündnis muß vor allem gelten, wenn

es um Maßnahmen geht, die der Bedrohung im Bereich der Mittelstreckenraketen, im sogenannten Grau-Bereich, begegnen sollen.

Der nun beschlossene Verteidigungshaushalt zeigt allerdings auch deutlich, daß diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen die Modernisierung unserer Streitkräfte nicht vernachlässigt haben. So weist der vorliegende Plan bei den militärischen Beschaffungen eine Steigerung um 6,1 Prozent aus (nachdem bei diesen Titeln im Vorjahr schon eine Steigerung um 18,6 Prozent zu verzeichnen ist) und im Bereich der Forschung, Entwicklung und Erprobung haben wir einen Zuwachs von 6,4 Prozent (Vorjahressteigerung 7,1 Prozent). Die Schwerpunkte sind gemäß den Absprachen mit den NATO-Partnern also richtig gesetzt.

Im Verteidigungsetat ist selbstverständlich auf die Bedürfnisse der Soldaten und des zivilen Personals zu achten, denn Verteidigungsbereitschaft ist zweifellos auch von der Fürsorgebereitschaft des Staates für seine Verteidiger abhängig. Im Haushalt 79 sind deshalb auch neue Mittel für eine zweite Familienheimfahrt der Wehrpflichtigen pro Monat und erhöhte Sätze für die Unterhaltssicherungsleistungen ausgewiesen.

Die Erhebungen der Kommission zur sozialen Lage in der Bundeswehr sind der Ansatzpunkt für weitere Maßnahmen im Sozialbereich.

Die Opposition beklagt zuweilen, daß der Anteil des Verteidigungshaushaltes am Gesamthaushalt des Bundes sinke. Das ist parteipolitisch gefärbte Zahlenakrobatik, denn:

Erstens sind die Bundeshaushalte der vergangenen Jahre in ihrem Umfang nicht vergleichbar. So kam z.B. 1975 der Kindergeldanteil neu zum Bundeshaushalt hinzu, und dieser Anteil beträgt heute 17,5 Milliarden DM. Das verändert natürlich die Prozentanteile;

zweitens gibt es keinen plausiblen Grund, warum der Verteidigungshaushalt anteilig mitwachsen muß, wenn der Gesamthaushalt durch besondere soziale oder konjunkturfördernde Mittelzuwächse sich ausweitet. Das hieße doch konkret, daß dann, wenn z.B. für mittelständische Betriebe ein besonderes Stützungsprogramm eingesetzt oder die Forschungsmittel für nichtnukleare Energietechnik erhöht werden, automatisch im Verteidigungshaushalt Geld für zwanzig weitere Panzer hinzugelegt wird. Dies ist aber eine ziemlich schematische und recht unüberlegte Betrachtung der Ordnung der Finanzen.

Einen Bezug der Verteidigungsausgaben zum Bruttosozialprodukt herzustellen, ist ein untauglicher Versuch, einen gültigen Beurteilungsmaßstab zu gewinnen. Wer etwa darauf hinweist, daß die Sowjetunion schätzungsweise 13 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke aufwendet, muß beachten, daß die Wirtschaftspotentiale der verglichenen Länder äußerst unterschiedlich sind. Die Wirtschaftskraft der Sowjetunion beträgt eben nur etwa 50 Prozent des Potentials der USA. Solche Vergleiche führen in die Irre.

Betrachtet man den Verteidigungshaushalt objektiv, dann muß man ihm zustimmen. Bei den Beratungen im Haushaltsausschuß hat die Opposition auch keine wichtigen Anträge gestellt, und die Beschlüsse wurden von allen Parteien einvernehmlich gefaßt. Somit hat man mit der Zustimmung der CDU/CSU zu diesem Haushalt rechnen müssen. Die Opposition hat dies nicht getan; sie hat nein gesagt. Ein solch unlogisches und inkonsequentes Verhalten läßt sich in einem Bild verdeutlichen. Die Opposition handelt wie die Rechnungsprüfer eines Vereins, die die ganze Kassensführung in Ordnung gefunden haben, dem Vorstand aber die Entlastung verweigern, weil er nicht mit ihnen verwandt ist.

So haben die Oppositionssprecher in der Debatte auch nur ein paar kleinkarierte Mängel zur Person des Ministers vorgebracht und damit ihre Ablehnung zu begründen versucht.

Die SPD- und die FDP-Fraktion haben den Verteidigungshaushalt für in Ordnung befunden und deshalb zugestimmt. Sie taten dies in Verantwortung für die Sicherheit unserer Republik. Die Opposition entzog sich mit ihrem Nein dieser Verantwortung; sie glaubte, daß große patriotische Reden ausreichen; Handeln fällt aus. Aber aus vielen politischen Bereichen kennen wir diese politische Impotenz der Opposition: Große Worte, keine Taten; wie etwa bei der innerdeutschen Politik, wenn es um die Verbesserung der Beziehungen zu den Deutschen in der DDR geht.

(-/31.1.1979/lo/ks)

Die Gesamtschule ist die Schulform der Zukunft

Wissenschaftliche Analyse bestätigt kulturpolitische Zielvorstellungen der SPD

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Der Landkreis Wetzlar ist der einzige Landkreis in der Bundesrepublik Deutschland, in dem flächendeckend ein Gesamtschul-Versuch durchgeführt wird. Anlässlich einer Informationstagung wurden dieser Tage die ersten Ergebnisse des Projektes "Wissenschaftliche Begleitung von Gesamtschulen in Hessen", das vom Zentrum I für Bildungsforschung der Universität Konstanz von Professor Helmut Fend durchgeführt wurde, den Schulleitern, Eltern und Schulträgern vorgestellt.

Aus dieser ersten Präsentation ist zu erkennen, daß der Gesamtschul-Flächenversuch Wetzlar hinsichtlich einer Verbesserung der umfassenden schulischen Situation auf dem richtigen Weg ist. Es wurde eine größere Chancengerechtigkeit erreicht, die sich besonders auf eine Verbesserung der schulischen Qualifikation bei Mädchen, Schülern aus ländlichen Bereichen und aus Arbeiterschichten bezieht.

Untersuchungen in den 60er Jahren verdeutlichen, daß innerhalb des Kreises Wetzlar eine sehr unterschiedliche Bildungsdichte vorhanden war. Der Kreis Wetzlar und der benachbarte Dillkreis lagen mit dem Besuch von weiterführenden Schulen und Erreichen qualifizierterer Abschlüsse weit unter dem hessischen Landesdurchschnitt. Die Untersuchungsergebnisse aus der damaligen Zeit zeigten deutlich die seit langem bekannte Benachteiligung der Sozialschichten mit geringerem Einkommen, der ländlichen Bereiche und der Mädchen auf.

Der Übergang in Realschulen und Gymnasien lag gerade bei diesen Gruppen unter dem hessischen Landesdurchschnitt. Diese Ungleichheit der Bildungsbeteiligung konnte nur durch eine gleichgerichtete schulische Versorgung, die in der Lage war, die schichten-spezifischen Unterschiede, die Benachteiligungen der Mädchen und das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land aufzuheben, ausgeglichen werden.

So wurde unter der sozialdemokratischen Mehrheit im Kreistag Wetzlar die Schulorganisation des Kreises Wetzlar stufenbezogen orientiert und in der Mittelstufe nach der Einführung der Förderstufe ein integriertes Schulwesen an zwölf verkehrsmäßig leicht erreichbaren Standorten aufgebaut.

Erste Untersuchungsergebnisse von Professor Fend zeigen auch auf, daß sich das Bildungsverhalten der Eltern aus Arbeitnehmerschichten und in ländlichen Regionen im Bereich Wetzlar entscheidend geändert hat. Der Übergang von Schülern in qualifiziertere Bildungsgänge liegt inzwischen weit über dem hessischen Landesdurchschnitt.

Im Vergleich zum benachbarten Dillkreis zeigen die Ergebnisse des Flächenversuchs Wetzlar einen deutlichen Vorsprung auf.

Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung von Professor Fend sind:

1. Die Abschlüsse, die von Schülern an integrierten Gesamtschulen erreicht werden, sind besser als der hessische Landesdurchschnitt (integrierte Gesamtschule: 66,3 Prozent weiterführende Abschlüsse, Landesdurchschnitt: 60,1 Prozent).
2. 30 Prozent der Schüler befinden sich in den einzelnen Jahrgangsstufen in verschiedenen Fächern in Kursen mit unterschiedlicher Leistungsanforderung.
3. Die Befürchtung, daß an integrierten Gesamtschulen die Anonymität und die Disziplinprobleme größer seien, hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil, an integrierten Gesamtschulen gibt es weniger Schüler mit abweichendem Verhalten.
4. Schüler an integrierten Gesamtschulen empfinden weniger Leistungsangst und sie schätzen ihre Arbeitsfähigkeit und Begabung günstiger ein.
5. Die Chancengleichheit an den Gesamtschulen ist eindeutig besser: Bildungschancen von Arbeiterkindern:
 - Dillkreis (herkömmliches Schulsystem) 13,6 Prozent Schüler auf Gymnasien, 35,7 Prozent auf Realschulen.
 - Gesamtschul-Flächenversuch Wetzlar 21,7 Prozent mit Abschlußprognose Abitur, 37,4 Prozent mit Abschlußprognose Realschulabschluß.

Somit haben die ersten Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von Professor Fend die sozialdemokratischen Prognosen und schulpädagogischen Überlegungen bestätigt.

(-/31.1.1979/bgy/lo)

+ + +